

Die Kriegsmaschinerie der amerikanischen Regierung läuft heiß. Die rot-grüne Bundesregierung wird für ihren „Anti-Kriegskurs“ entweder belächelt oder scharf kritisiert. Die Weltöffentlichkeit diskutiert einen Waffengang im Irak und das von Amerika reklamierte Recht auf einen Präventivschlag kontrovers. Obwohl sich die Bundesregierung in ihrer außenpolitischen Haltung gegen eine direkte Beteiligung an einer Intervention im Irak ausspricht, ist die „klare Position“ gegen einen Krieg gegen den Irak durch vielfältige deutsche Unterstützungsleistungen zum amerikanischen Truppenaufmarsch entkräftet.

Claude Reichelt

Irak: Eine Frage der (UN-)Schuld

Gegen den Krieg?

Tatsächlich haben sich Grüne und SPD nie eindeutig gegen den Krieg als politisches Mittel ausgesprochen. Sie haben während der Bundestagswahl lediglich einen solchen Eindruck erweckt und der Rest der Nation hat dies irrtümlicher Weise als „Anti-Kriegs-Position“ der Bundesregierung mißverstanden. Außenminister Joschka Fischer teilte in einem Spiegel-Interview zu Beginn des Jahres nochmals mit: „Die Bundesregierung wird keine deutschen Soldaten zum Kämpfen in einen hochgefährlichen Konflikt schicken, von dessen Notwendigkeit als letztem Mittel sie nicht hundert Prozent überzeugt ist.“ (1) Den prinzipiellen Anspruch, an jedem Ort der Welt mit deutschen Truppen zur „Landesverteidigung“ aufzuwarten und künftig auch „weit vor unseren Grenzen“ zu agieren, hat sie deshalb nicht aufgegeben. Selbst am Hindukusch werde die „Sicherheit der Bundesrepublik“ verteidigt, klärte der Verteidigungsminister Peter Struck die zweifelnden Bundesbürger nun auf. (2) In der Frage des Irak-Konfliktes hat sich der Bundeskanzler Gerhard Schröder entschieden, sich öffentlich dem kriegerischen Kettengerassel entgegen zu stellen. „Rechnet nicht damit, daß Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmt, rechnet nicht damit.“, verkündete der Kanzler kraftvoll auf einer Wahlveranstaltung im niedersächsischen Goslar. (3)

Das Engagement der Bundesregierung zielt vordergründig darauf, einen Angriffskrieg der Vereinigten Staaten auf den Irak zu verhindern. Dabei bezieht sie sich außenpolitisch auf die Umsetzung der UN-Resolution 1284 von 1999 mit den darin festgelegten regelmäßigen Zwischenberichten der

(1) Spiegel-Interview:
Nr. 1; 30.12.2002

(2) Frankfurter Rundschau, 7.
Dezember 2002, s.a. Analyse
und Kritik, 17. Januar 2002, S. 1

(3) SPIEGEL ONLINE, 22. Januar
2003,
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,231746,00.html>

Waffeninspektoren als Grundlage für die aktuellen Inspektionen und der Durchsetzung der UN-Resolution 1441 von 2002 (4) und wirkt darauf hin, den Waffenkontrolleuren genügend Zeit einzuräumen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Auch die EU-Außenminister sprachen sich am 27. Januar 2003 in Brüssel für eine zeitliche Verlängerung der UN-Inspektionen aus.

Trotz nachdrücklicher Hinweise an den UN-Sicherheitsrat, der Countdown zum Krieg liefere bereits, zeigt sich die U.S. Regierung geneigt, den Inspektoren eine weitere Frist ohne genauere Zeitangabe einzuräumen. Der Zwischenbericht der UN-Waffeninspektoren, der am 27. Januar 2003 vor dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt wurde, galt für die U.S.-Regierung rethorisch seit mehreren Wochen als die letzte Möglichkeit zur Abwendung einer Invasion im Irak. Die diplomatische Formel des UN-Sicherheitsrates lautet: Mehr Zeit für die Inspektionen im Irak, obwohl für den Abschluß der UN-Inspektionen in der Resolution 1441 keine zeitliche Begrenzung enthalten ist. Die Bitte um mehr Zeit für Inspektionen ist ein diplomatisches Gerangel mit der Aussicht, eventuelle Beweise für ein UN-Mandat erbringen zu können. Finden die Inspektoren jedoch keine Anhaltspunkte über den Besitz von Massenvernichtungswaffen, dann läge die „Beweislast“ weiterhin bei „denjenigen, die sagen, es soll ein Krieg geführt werden“. (5) Die UN-Inspektoren Hans Blix und Mohammad el-Baradei machten vor dem UN-Sicherheitsrat deutlich: die UN-Inspektoren fordern von der irakischen Regierung die Offenlegung aller Dokumente und Nachweise über das Verbleiben chemischer und biologischer Waffenlager und drängen auf eine aktivere Mitarbeit des Irak. Forderungen der britischen und amerikanischen Regierungen, Saddam Hussein müsse seine Unschuld beweisen, boten wochenlang die Grundlage diplomatischer Verhandlungen, obwohl auch Mitgliedern des Sicherheitsrates klar sein mußte, daß Unschuld nur der beweisen kann, der sich gegen konkrete Vorwürfe verteidigt. Nach langem Ringen ließ sich die amerikanische Regierung darauf ein, dem Sicherheitsrat die Grundlage ihrer Vermutungen zu liefern, die überprüft werden könnten. Colin Powell legte dem Sicherheitsrat einige „Beweise“ vor. Seiner große Anklage-Rede gegen Irak unterstrich er, indem er auf das „feine Dossier“ mit den „exquisiten Details“ des britischen Premier Tony Blair verwies. Das britische „Geheimdienst-Dossier“ zur Aufdeckung irakischer Täuschungsmanöver stammte jedoch weniger aus Geheimdienstquellen als aus der Feder eines US-Studenten. In einer

(4) S/RES/1441(2002) unter:
<http://ods-dd-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/NO2/682/26/PDF/NO268226.pdf?OpenElement>

(5) Interview mit dem Regierungsberater Christian Tom-schat: *Der Spiegel* 4/2003, S.24

(6) www.fr-aktuell.de/uebersicht/alle_dossiers/politik_ausland/krieg_gegen_irak/?cnt=119665

akademischen Arbeit versuchte dieser, die Lage im Irak mit Hilfe alter Dokumente zu rekonstruieren. Der akademische Bericht wurde an einigen Stellen mit drastischeren Formulierungen versehen, doch ansonsten übernahm man in London große Teile des Originaltextes – selbst falsch gesetzte Satzzeichen. (6)

Während die UNMOVIC im Irak weiter nach Verstößen gegen die Waffenstillstandsresolution sucht steht der Truppenaufmarsch in der Golfregion vor dem Abschluß. Ob die Inspektoren nach Beweisen für eine Legitimation einer militärischen Invasion im Irak suchen oder Anlaß für eine friedliche Konfliktbelegung bieten können, bestimmen sie nicht. Selbst wenn sich herausstellen sollte, daß der Irak im Besitz von Massenvernichtungswaffen ist, dürfe man jedoch einen „Kriegs-Automatismus“ nicht akzeptieren, verkündete Außenminister Joschka Fischer am 27. Januar 2003. Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder vertritt die Ansicht, daß eine Entwaffnung stattfinden müsse, wenn es im Irak Massenvernichtungsmittel gebe. Darüber hinaus sehe er auch weiterhin die Möglichkeit, eine Entwaffnung des Iraks ohne Krieg zu schaffen. Allein der Besitz von Waffen bietet aus Sicht des Kanzlers noch keine Rechtfertigung für einen Krieg. Die UN-Resolution 1441 von 2002 drohe zwar mit „ernsthaften Konsequenzen“, wie diese jedoch aussehen, müsse der Sicherheitsrat erneut beschließen.

Ein Krieg auf Basis der Resolution 1441 würde bedeuten, daß nicht der UN-Sicherheitsrat darüber befindet, welche Konsequenzen die Vereinten Nationen bei Verstößen gegen ihre Resolutionen vorsehen, sondern es unterläge der Lesart einzelner – in dem Falle der amerikanischen Regierung.

Demnach geht es zum einen um die Durchsetzung von Prinzipien, nach denen internationale Krisenbewältigung funktionieren soll und zum anderen um die zukünftige Bedeutung der Weltorganisation UNO. Insbesondere der UN-Sicherheitsrat soll als einzige Schiedsinstanz untersuchen, beraten und letztendlich entscheiden - im Zweifelsfalle auch für einen Krieg.

Blix-Report

Die UN-Kontrollure Hans Blix und Mohammad el-Baradei reisten am 19. Januar 2003 nach Bagdad um die „Zähmung des Unnachgiebigen“ zu erwirken und hofften, so Hans Blix: „daß die Inspektionen eine Alternative zum Krieg sein werden“. Mohammad el-Baradei ergänzte, daß die Inspektoren starken Druck auf die irakische Regierung ausüben werden

„damit sie uns ausreichende Informationen gibt.“ (7) In der Waffenstillstands-Resolution 687, die nach dem Golfkrieg 1991 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet wurde, ist geregelt, welche Waffen der Irak besitzen und weiterhin produzieren darf. Verboten sind die Herstellung und der Besitz von ballistischen Raketen mit einer Reichweite von über 150 Kilometern sowie von ABC Massenvernichtungswaffen. Die Resolution legt darüber hinaus fest, daß alle Bestände dieser Waffen und deren Zubehör unter internationaler Kontrolle zerstört werden müssen. Die Kontrollen der UN-Waffenkontrollkommission/ UNMOVIC stützen sich insbesondere auf Geheimdienstinformationen. Die Mutmaßungen der amerikanischen und britischen Regierung, der Irak sei noch immer im Besitz verbotener Waffen, wurden bislang nicht bestätigt. Die Inspektoren fanden bislang keine Hinweise auf verbotene Aktivitäten, etwa zur Reichweitenverlängerung Raketen oder zum Bau verbotener Raketentypen. Um die Arbeit der Inspektoren zu intensivieren, wurde das Team der UNMOVIC im Januar 2003 um 60 auf 200 Inspektoren verstärkt. (8) UN-Chefinspektor Hans Blix wies im Vorfeld wiederholt darauf hin, daß der am 27. Januar 2003 vorgelegte Bericht über Waffeninspektionen im Irak nur ein Zwischenbericht sei und die Inspektionen damit nicht beendet sein dürften. Die Inspektoren erhielten eine „Gnadenfrist“ deren Dauer unbestimmt bleibt. Am 8. Februar 2003 übergab die irakische Regierung den Inspektoren Dokumente über verschollene Bestände an Chemie- und Biowaffen. Diese sollen, nach Angaben von Hans Blix, sowohl Aufschluß über Bestände des Nervengases VX sowie zur Produktion von Antrax enthalten. Das Signal an die U.S.-Regierung erging sofort. Hans Blix stellte öffentlich den „Beginn einer neuen Haltung“ der irakischen Führung heraus und „einige positive Entwicklungen“ in Aussicht. (9) Die irakische Regierung will nun eine Kommission einsetzen, die noch fehlende Dokumente heraussuchen soll. Die Suche der UN-Inspektoren soll intensiviert werden. Zur Unterstützung wird die Bundesregierung im März 20 deutsche Soldaten in den Irak entsenden. Sie sollen die von der UN angeforderten Aufklärungsdrohnen mit der wohlklingenden Abkürzung „LUNA“, für „luftgestützte unbemannte Nahaufklärungsausstattung“, bedienen. (10)

Insgesamt besitzt die Bundeswehr zwei Gesamtsysteme dieser Drohnen. Zu einem System gehören: zwölf Flieger, zwei Katapulte, 18 Fahrzeuge, zwei Bodenkontrollstationen sowie eine 43 Soldaten umfassende Mannschaft, bestehend aus Mechanikern, Fahrern und einem Bergetrupp. (11)

(7) *Süddeutsche Zeitung*, 20. Januar 2003, S.1

(8) *TAZ*, 15. Januar 2003, S.2

(9) *Berliner Zeitung*, 10. Februar 2003, S.8

(10) *SPIEGEL ONLINE*, 21. Januar 2003, www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,231645,00.html

(11) *Der Spiegel* 4/2003, S.26; s.a. *ami* 12/02, S.24

Für diesen UN-Einsatz werden die Bundeswehrsoldaten für die Dauer der Irak-Mission formal den Militärdienst verlassen und von den Vereinten Nationen als „zivile Experten“ angestellt. (12)

(12) SPIEGEL ONLINE, 21. Januar 2003, www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,231645,00.html

Mit dem Mini-Spion LUNA ist es möglich, live Bilder zur Bodenstation zu übertragen. So könnten die UN-Inspektoren z.B. unangemeldet über vermeintliche Waffenlager des Iraks kreisen oder gar über Palastmauern spähen. Auf Anregung des französischen Außenministers Villepin, wird die UNMOVIC ab März verstärkt Unterstützung erhalten. Neben dem Einsatz deutscher Luna-Aufklärungsdrohnen werden auch französische Mirage-Aufklärungsflugzeuge vom Typ Mirage IV sowie amerikanische U-2-Spionageflugzeuge für die Inspektionen zur Verfügung gestellt. (13) Am 10. Februar stimmte die irakische Regierung nach längeren Verhandlungen den Aufklärungsflügen, auch dem Einsatz amerikanischer U-2 Spionageflugzeuge, zu. (14)

(13) Berliner Zeitung, 10. Februar 2003, S.2

(14) dpa, 10. Februar 2003

Beihilfe zum Krieg oder Definitionsproblem?

Trotz der zur Schau gestellten Haltung, einen Krieg im Irak auf keinen Fall zuzustimmen, gerät die rot-grüne Regierung immer häufiger in Erklärungsnot. Nicht nur die Anfragen der U.S.-Regierung um „indirekte“ Hilfe bei einer möglichen Invasion im Irak zwingen die Bundesregierung wiederholt, ihre Entscheidungen „zu prüfen“. Neben der Anfrage auf Bereitstellung von Aufklärungsdrohnen und Patriot-Abwehrraketen, sorgen die in Kuwait stationierten Fuchs-Spürpanzer, der Wachschatz der Bundeswehr an amerikanischen militärischen Anlagen, die Transitgewährung und Überflugrechte für amerikanische Truppen dafür, daß die vom Bundeskanzler als „klare Position“ propagierte Haltung, Deutschland werde sich nicht an einem Krieg gegen den Irak beteiligen, in Frage gestellt werden muß.

Sicherheitspolitik
& Abrüstung

1. Awacs-Aufklärungsflugzeuge

Bereits am 5. Dezember 2002 trug der stellvertretene US-Verteidigungsminister Paul D. Wolfowitz in Brüssel im NATO-Rat seine Vorstellung zur möglichen Unterstützung der NATO bei einem Militärschlag gegen den Irak vor. Auf der U.S.-Wunschliste stand u.a. die Bereitstellung von Aufklärungsflugzeugen vom Typ E-3A AWACS Sentry. (15)

(15) SPIEGEL ONLINE, 9. Dezember 2002; www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,226389,00.html

Eine Stellungnahme wollte die Bundesregierung im Dezember 2002 nicht abgeben, „da keine formelle Anfrage“ vorläge und somit auch „kein Entscheidungsbedarf“ bestehe, wie Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt,

verkündete. Nur einen Monat später, am 16. Januar 2003, bat die U.S.-Regierung den NATO-Rat offiziell um indirekte militärische Hilfe für den Fall einer militärischen Operation im Irak, wobei erneut Frage um die mögliche Entsendung der AWACS-Aufklärungs- und Zielerfassungsflugzeuge formuliert wurde. (16) Die angefragten E-3A Flugzeuge der NATO sind im nordrhein-westfälischen Geilenkirchen stationiert. Die multinationale Crew der NATO, Airborne Early Warning & Control Force/AWACS, besteht aus zwei Piloten, einem Navigator, einem Bordingenieur und einer 13 Spezialisten umfassenden Taktischen Besatzung (TB). (17) Etwa ein Drittel der internationalen Besatzung besteht aus deutschen Soldaten. Auf Bundesebene entbrannte sogleich ein Streit darüber, ob die Notwendigkeit eines Bundestagsbeschlusses besteht, da Mitte 1994 das Verfassungsgericht die Notwendigkeit eines Bundestags-Beschlusses sowohl für Friedensmissionen als auch für Einsätze im Rahmen des NATO-Vertrages festlegte. (18) Ein solches Mandat bringt die Bundesregierung in politische Erklärungsnot, denn Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte am 21. Januar 2003 jede Beteiligung an einem Irak-Krieg ausgeschlossen, die einen Beschluß des Bundestages erfordern würde. Gerhard Schröder definiert die Frage jedoch anders, denn für ihn sei die Beteiligung von Bundeswehrsoldaten in AWACS-Überwachungsflugzeugen kein Problem, wenn diese ausschließlich zum Schutz eines NATO-Bündnispartners eingesetzt würden. Eine „Kriegsbeteiligung“ wäre es demnach erst dann, wenn Bundeswehrsoldaten „zur Zielerfassung im Irak“ eingesetzt würden und „dann können sie nicht an Bord bleiben.“ (19)

Das sehen Union und FDP jedoch anders und drohen mit dem Bundesverfassungsgericht. Der Justiziar der Unionsfraktion, Ronald Profalla sagte gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: Wenn sich AWACS-Flugzeuge „mit deutscher Besatzung an Bord im Luftraum der Türkei bewegen und dabei irakisches Gebiet auch nur beobachten, erst recht, wenn sie Feuerleitbefehle geben, stellt dies selbstverständlich einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dar.“ (20)

2. Patriot-Abwehrraketen

Auf dem amerikanischen Wunschzettel findet sich noch ein weiterer heikler Punkt. Washington möchte Patriot Flugabwehrraketen, vom Typ PAC-2, an der türkisch-irakischen Grenze aufstellen. Bereitstellen könnten diese in Europa nur Deutschland und die Niederlande. Die Bundeswehr besitzt

(16) www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn/A3413-2003Jan16?language=printer

(17) Die Taktische Besatzung wird von einem Einsatzleiter geführt, dem ein Waffenzuweisungsoffizier, zwei Jägerleitoffiziere, ein Luftlageoffizier mit drei Radarflugmeldern, ein technischer Offizier für die elektronische Bibliothek, ein Funker, ein Funkmechaniker und jeweils ein Computer- und ein Radartechniker unterstehen. Y.1/2003, S.57
(18) *ami* 9/94, S.27ff.

(19) *FAZ*, 23. Januar 2003, S.2, Anm.: In der Praxis ist Aufklärung jedoch die Voraussetzung zur Zielerfassung für angreifende Waffensysteme, also nicht von der Beihilfe zu trennen.

(20) *spiegel-online*, 19. Januar 2003, www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,231420,00.html

(21) *Der Spiegel* 4/2003, S.26

noch 30, die Armee der Niederlande nur fünf der Abwehrsysteme. Ein derartiger Einsatz wäre jedoch auch mit einem Einsatz Hunderter Soldaten verbunden. (21) Am 22. Januar 2003 sollte im NATO-Rat in Brüssel über die Anfrage des Verteidigungsministers Donald Rumsfeld beraten werden. Die Entscheidung über die eventuellen Unterstützungsmaßnahmen im Falle eines Krieges wurde nach heftigen Debatten mit der Begründung vertagt, europäische Alliierte wollten nicht den Eindruck erwecken, daß „militärische Schritte beschlossen würden, bevor alle diplomatischen Wege ausgeschöpft seien.“ (22) Nachdem der amerikanische Verteidigungsminister auf der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik - ehemals Wehrkundetagung - unumwunden seinem Unbehagen Luft machte, daß es hier schließlich um einen vorsorglichen Schutz für die Türkei ginge, diskutiert man im Verteidigungsministerium über die Entsendung der Abwehrraketen in die Türkei. Die dazugehörige Besatzung werde dann aber nicht bereitgestellt, diese solle dann vielleicht eher niederländisch sein. (23) Am 10. Februar 2003 stand die Bearbeitung des amerikanischen Wunschzettels wiederholt auf der Tagesordnung des NATO-Rats in Brüssel und trotz des amerikanischen Unverständnisses wurde erneut keine Entscheidung getroffen. Frankreich, Belgien und Deutschland, hielten am Montag erneut an ihrem Veto gegen einen Entschluß über den Antrag der amerikanischen Regierung fest, wonach die Allianz mit den Planungen zum Schutz der Türkei, im Fall eines Krieges am Golf, beginnen soll. Daraufhin aktivierte die Türkei, erstmals in der Geschichte der NATO, den Artikel 4 des NATO-Vertrages. (24). Die NATO befinde sich zwar derzeit in einer „schwierigen Lage“, doch der Vorsitzende Des NATO-Rats, George Robertson, machte mehrmals deutlich, die Mitglieder der NATO wollten sich im Falle eines Krieges verantwortlich verhalten, jedoch keine Entscheidung fällen, bevor nicht alle diplomatischen Mittel zur Abwendung eines Krieges ausgeschöpft seien.

(22) *FAZ*, 23. Januar 2003, S.2

(23) *Berliner Zeitung*, 10. Februar 03, S.8

(24) *Anm.: Artikel 4 sieht vor: Die NATO trifft sich zu Beratungen, wenn nach Meinung eines Mitgliedsstaates die territoriale Integrität, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit gefährdet ist.*

(25) 11. Februar 2003, www.welt.de/data/2003/02/11/40823.html

(26) siehe *ami* 9/02, S.3f.

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld kritisierte diese Haltung scharf und stellte in Aussicht, die USA werde den Schutz der Türkei auf bilateraler Basis vorantreiben, wenn es nicht bald eine Einigung gebe. (25)

3. Fuchs Spürpanzer in Kuwait

Die Bundesregierung stationierte im Januar 2002 im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ sechs Spürpanzer mit 52 Soldaten in Kuwait. (26) Die Panzer sollen der Abwehr von atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen bei

eventuellen terroristischen Angriffen dienen. Das Mandat des Bundestags für den Einsatz - im Rahmen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus - läßt für den Ernstfall eine Erhöhung des Kontingents auf max.800 Soldaten zu. Vor der Bundestagswahl im September 2002 kündigte der Verteidigungsminister Peter Struck an, daß im Falle eines Irak-Krieges die Spürpanzer der Bundeswehr aus Kuwait abgezogen würden, nach der Wahl relativierte er diese Aussage und stellte fest, daß die ABC-Laborpanzer natürlich zum Einsatz kämen, „wenn kuwaitische oder amerikanische Einrichtungen durch ABC-Waffen bedroht“ würden. (27)

„Der ABC-Schutz ist ja keine aktive Kriegsbeteiligung“, behauptet die grüne Parteichefin Angelika Beer und meint, ein neues Mandat sei nur für einen Einsatz notwendig, der über den Anti-Terror-Kampf hinausginge. (28) Das Verteidigungsministerium wird im Falle einer geplanten militärischen Invasion im Irak zwar nicht mit der Wortschöpfung Anti-Terror-Kampf argumentieren können, doch aber mit dem Argument, das Mandat schließe keine „humanitäre Hilfeleistung“ aus. Bereits im November 2002 sagte der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Hans Georg Wagner, daß bei einem Angriff des Iraks auf das US-Lager in Kuwait die Spürpanzer „selbstverständlich zum Einsatz kämen“. Der stellvertretende Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses, Hans-Ulrich Klose, ging noch weiter und meinte, die deutschen Spürpanzer müßten helfen, wenn ABC-Waffen im Grenzbereich von Kuwait oder dem Irak eingesetzt würden. Da die Bundeswehr jedoch nicht über ein entsprechendes Mandat verfüge, sehe er auch die Möglichkeit einer kurzfristigen Genehmigung des Bundessicherheitsrates für einen solchen Einsatz. Peter Struck dazu im November 2002: „Ich teile die Auffassung von Klose nicht.“ (29)

(27) *Neues Deutschland*,
25.11.2002; www.nd-online.de

(28) *TAZ*, 21.Januar 2003, S.2

(29) *Neues Deutschland*,
25.11.2002; www.nd-online.de;
Anm.: Der Bundessicherheitsrat
hat juristisch keinerlei Kompe-
tenz, über Einsätze der Bundes-
wehr zu entscheiden

4. MedEvac

Am 19. Januar 2003 sprach sich Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) dafür aus, den US-Truppen im Falle eines Angriffes auf den Irak humanitäre Hilfe zu leisten. Vorstellbar sei für ihn, „verletzte US- Soldaten zum Beispiel von Saudi-Arabien nach Deutschland zu fliegen“. Er schließe auch nicht aus, daß das „fliegende Lazarett“ A-310 MedEvac bei der Hilfe für amerikanische Soldaten zum Einsatz komme - auch wenn über Hilfsangebote „im Einzelfall entschieden werden“ müsse. MedEvac werde jedoch „sicher nicht im Irak“ eingesetzt, betonte Struck. (30)

Vorwürfe, nach denen die Unterstützung für die US-Trup-

(30) *dpa*, 20.01.03

(31) s.o.

pen bereits eine deutsche Teilnahme an einem Irak-Krieg bedeuten würden, wies der Minister entschieden zurück. (31)

5. Erweiterter Anti-Terror-Schutz

(32) SPIEGEL ONLINE, 18. Januar 2003, www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,231349,00.html

(33) Anm. Zur Verlegung amerikanischer Truppen aus Deutschland siehe: www.home.hetnet.nl/~arjandegraaff/ s.a: ami 1-2/03

(34) SPIEGEL ONLINE, 9. Dezember 2002, www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,226389,00.html

Bereits im November 2002 bot der Bundeskanzler beim NATO-Gipfel in Prag „Unterstützungsleistungen“ zum Schutz amerikanischer Einrichtungen in Deutschland an. 7.000 Bundeswehrsoldaten bewachen seit dem 24. Januar 2003 US-Kasernen und Einrichtungen in Deutschland. (32) Während die Bundeswehr nun 95 US-Kasernen gegen mögliche Terrorangriffe schützt, sind deren Insassen mit Ausrüstung und Gepäck bereits auf dem Weg in ihre jeweiligen Einsatzgebiete. Die Verlegung der in Deutschland stationierten US-Militärs erfolgt mit Genehmigung der deutschen Bundesregierung. (33) Die Bundesregierung gewährt den USA und den NATO-Partnern nicht nur Überflugrechte sondern ebenso den reibungslosen Transit und die uneingeschränkte Nutzung der US-Militärbasen. (34)

Nur ein bißchen Krieg

Bundeswehrsoldaten sichern US-Kasernen, deutsche Spezialflugzeuge MedEvac könnten verwundete US-Soldaten aus der Golfregion ausfliegen und nun rückt die Bundesregierung in kleinen Schritten von ihrer Behauptung ab, daß die ABC Spürpanzer der Bundeswehr in Kuwait im Kriegsfall nicht eingesetzt würden, weil ihr Mandat nur für den Anti-Terror-Einsatz gelte.

Ein Zielerfassungseinsatz von AWACS Flugzeugen, deren Besatzungen zu einem Drittel aus deutschen Soldaten besteht, wäre - auch bei einem Einsatz über der Türkei - während eines Krieges nichts anderes als eine faktische Beteiligung daran. Die „klare Position“, die der Bundeskanzler Gerhard Schröder auf Wahlkampfveranstaltungen bekräftigt, ist unglaubwürdig. Das Definitionsgerangel um aktive und passive Beteiligung an einem möglichen Krieg im Irak zeigt deutlich: Eine klare Anti-Kriegs-Haltung der Bundesregierung gibt es nicht.

Aufsehen erregte ein - später dementierter - Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ (35) über einen angeblichen deutsch-französischen Geheimplan, das sogenannte „Projekt Mirage“ (36). Demnach, so das Planspiel, könnte die UNO ein „robustes“ Mandat für den Einsatz einer Blauhelm-Truppe im Irak erteilen. Die UN-Truppe - mehrere tausend Soldaten umfassend - könnte demzufolge für mehrere Jahre die Kontrolle über den Irak übernehmen und den UN-Inspek-

(35) *Der Spiegel*, 6/2003

(36) *mirage*, deutsch: *Illusion*, *Fata Morgana*

teuren so eine lückenlose Prüfung der irakischen Waffenprogramme ermöglichen. Das Kalkül des Kanzlers, dem Bundestag so ein Mandat für einen Blauhelm-Einsatz im Irak abringen zu können und damit eine Beteiligung an der Lösung des Irak-Konfliktes nicht mehr ausschließen zu müssen, kann nicht aufgehen, denn die US-Regierung wird sich nicht mit dem Gedanken anfreunden wollen, ihr massives Truppenaufgebot am Golf in den Dienst der UNO zu stellen. US-Außenminister Colin Powell reagierte auf den angeblichen Geheimplan gelassen und machte am Sonntag nochmals unumwunden deutlich, es ginge nicht um die Inspektionen, sondern vordergründig um die Erfüllung der UN-Auflagen durch die irakische Regierung. (37) Die Hintertüren scheinen verschlossen und der Bundeskanzler muß sich nun ohne Wahldruck nochmals ernsthaft fragen: Was will ich■

(37) Berliner Zeitung, 10. Februar 2003, S.2



Wissenschaft und Frieden 1/2003

>>Präventiv<<kriege

U.A. mit Beiträgen von: Jürgen Wagner: U.S. Vorrherrschaft ausbauen und verewigen Bushs nationale Sicherheitsstrategie- Ottfried Nassauer: Aufbruch in die NATOisierung Europas- Dieter Deiseroth: U.S. Stützpunkte in Deutschland im Irak Krieg- Zur geltende Rechtslage- Jürgen Scheffram: Terror Energie Sicherheit- Dirk Eckert Golfkrieg III ein Krieg um Öl?- Gernot Erler ein Interview mit Tobias Pflüger

Dossier: Der pakistanisch-indische Konflikt

W&F erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von 80-100 Seiten und kostet im Jahresabo ab 1. Januar 2002 30 € (20 € für Studenten, Arbeitslose etc.)

Probexemplare / Bestellungen:

W&F * Reuterstr. 44 * 35113 Bonn

Tel (0228) 21 33 34 * Fax (0228) 21 49 24 * E-Mail: w-u-f@t-online.de